

Mag. Marjan Pipp
Präsident des Österreichischen Volksgruppenzentrums
Teinfaltstrasse 4
1010 Wien

**Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Volksgruppengesetz geändert wird, 371/ME (GZ/ BKA-600.308/0002-V/1/2012)**

Seit Jahren bemühen sich verschiedene Vertretungsorganisationen der österreichischen Volksgruppen, angesehene RechtsexpertInnen u.a. eine dringliche Verbesserung des restriktiven Volksgruppengesetzes aus dem Jahr 1976 zu erreichen. Auch wurde im Regierungsprogramm 2008 von den Koalitionspartnern erklärt, die Volksgruppenrechte in einem Grundrechtekatalog zu verankern und das Volksgruppengesetz zu überarbeiten. Im Bundeskanzleramt wurden zur Vorbereitung der Reform des Volksgruppenrechts drei Arbeitsgruppen eingerichtet.

Ich habe in der Arbeitsgruppe „Bildung und Sprache“ mitgewirkt, die konstruktive Vorschläge für die Verbesserung des Bildungsangebotes in den Volksgruppensprachen ausgearbeitet und in einem Schlussbericht zusammengefasst hat. <http://pc.bmukk.gv.at/repository.aspx?did=89286>

Als Mitglied der Arbeitsgruppe „Bildung und Sprache“ halte ich fest, dass der vom BKA in Begutachtung versandte Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Volksgruppengesetz geändert wird (GZ/ BKA-600.308/0002-V/1/2012) den Schlussbericht der Arbeitsgruppe völlig übergeht und im Gesetzesentwurf kein einziger Vorschlag der Arbeitsgruppe Berücksichtigung findet.

Ich habe ebenfalls in der Arbeitsgruppe „Struktur- und Rechtsfragen“ mitgewirkt, in der eine Reihe konkreter konstruktiver Vorschläge eingebracht wurde, so z. B. vom Österreichischen Volksgruppenzentrum die Entwürfe einer „Expertengruppe für ein neues österreichisches Volksgruppenrecht“, vom Koordinationsausschuss der kroatischen Vereine und Organisationen ein „Anforderungskatalog für ein modernes Volksgruppengesetz aus der Sicht der kroatischen Volksgruppe“, vom Zentralverband ungarischer Vereine und Organisationen in Österreich die „Einstellungen der Mitglieder ungarischer Vereine zur geplanten Novellierung des Volksgruppengesetzes“ u. a.

Als Mitglied der Arbeitsgruppe „Struktur- und Rechtsfragen“ halte ich fest, dass der vom BKA in Begutachtung versandte Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Volksgruppengesetz geändert wird (GZ/ BKA-600.308/0002-V/1/2012) auch alle diese in die Arbeitsgruppe eingebrachten Vorschläge völlig übergeht und im Gesetzesentwurf kein einziger Vorschlag Berücksichtigung findet.

Der Begutachtungsentwurf beinhaltet keinerlei dringend notwendige Verbesserungen im Bereich des Bildungs- und Erziehungswesens in den Volksgruppensprachen, keine Verbesserungen im Bereich des Medienwesens, keine Erleichterungen bei der Verwendung von Volksgruppensprachen vor Ämtern und Behörden, den Volksgruppen bzw. ihren Vertretungsorganisationen wird kein Verbandsklagerecht

eingeräumt. Ebenso bringt der Begutachtungsentwurf keine rechtliche Gleichstellung der Volksgruppen, so bleiben vor allem die Volksgruppen in Wien und die Steirischen Slowenen weiterhin ohne materiellen Volksgruppenschutz.

Neben unverbindlichen Absichtserklärungen beinhaltet der Entwurf eine unzulässige Einengung des Volksgruppenschutzes auf rein deklaratorische sprachliche und kulturelle Rechte, die wiederum nicht konkret ausgestaltet werden. Die Bundesregierung räumt sich hingegen mehr Einflussmöglichkeiten bei der Bestellung der Volksgruppenbeiräte ein und den Volksgruppenorganisationen wird die Beschwerdemöglichkeit vor dem VwGH genommen. Durch Schaffung des Forums der Volksgruppenbeiräte, einer regierungsabhängigen de facto gesetzlichen Volksgruppenvertretung, soll der paternalistische Umgang mit Volksgruppenanliegen noch verstärkt werden.

Inhaltlich schließe ich mich der Stellungnahme des Österreichischen Volksgruppenzentrums und weiterer unabhängiger Volksgruppenorganisationen http://www.parlinkom.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/ME/ME_00371_01/fname_246000.pdf an. Den Begutachtungsentwurf lehne ich vollinhaltlich ab.

Ergeht an:

v@bka.gv.at

begutachtungsverfahren@parlament.gv.at